



Von der Aufgabenteilung bis zur Zentralisierungstendenz: Literatur zum Schweizerischen Föderalismus 2017

KLARA GROSSENBACHER, MLaw*

Die Beobachtung der Entwicklungen in der föderalismusrelevanten Literatur bildet Teil der Forschungstätigkeit des Instituts für Föderalismus (IFF). Im Rahmen des vorliegenden Beitrags soll einerseits thematisch gegliedert eine Auswahl von Publikationen von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft präsentiert und andererseits ein Verzeichnis der einschlägigen Literatur zur Verfügung gestellt werden.

Inhalt

I.	Einleitung	2
II.	Auswahl föderalismusrelevanter Publikationen des Jahres 2017	2
	1. Föderalismus und Demokratie	2
	2. Territoriale Organisation des Schweizerischen Bundesstaats	3
	a) Bestand der Kantone	3
	b) Herausforderung territoriale Organisation: Zukunft der Binnengliederung?	3
	3. Multikulturalität und Minderheitenschutz.....	3
	4. Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen	4
	a) Gerichtliche Überprüfung der verfassungsrechtlichen Kompetenz- und Aufgabenordnung	4
	b) Zentralisierungstendenz	4
	c) Einzelfragen der Kompetenz- und Aufgabenordnung	5
	5. Interkantonale Kooperation.....	6
	6. Finanzieller Föderalismus	6
	7. Kantonale Unterschiede und die Innovationskraft der dezentralen Leistungserbringung	7
	8. Föderalismus und Aussenpolitik	8
III.	Verzeichnis föderalismusrelevanter Publikationen 2017	9

I. Einleitung

Das Institut für Föderalismus (IFF) beobachtet im Auftrag der *ch* Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit sowohl die Forschungstätigkeiten zu Fragen des Schweizerischen Föderalismus als auch die einschlägige Rechtsprechung des Bundes- und Bundesverwaltungsgerichts (siehe für Letztere mit Blick auf das Jahr 2017 den entsprechenden Beitrag in diesem Newsletter). Periodisch macht das Institut die Ergebnisse unter anderem im Rahmen eines Jahresrückblicks öffentlich zugänglich.

Der vorliegende Beitrag widmet sich den 2017 erschienenen **Publikationen von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft¹**, die sowohl aktuelle wie auch grundlegende Aspekte und Fragestellungen der Schweizerischen Bundesstaatlichkeit aufgreifen und dabei auf Problemfelder hinweisen, Lösungsansätze präsentieren und Vor- und Nachteile der dezentralen Staatsorganisation erörtern. Eine Auswahl der Publikationen wird im Folgenden **überblicksweise und thematisch geordnet** dargestellt und in der gebotenen Kürze zu den jeweiligen Kernaussagen verdichtet. Für weitere Werke – ebenfalls verstanden als eine (breite) Auswahl – sei auf die Literaturliste (Kapitel III) verwiesen.

II. Auswahl föderalismusrelevanter Publikationen des Jahres 2017

1. Föderalismus und Demokratie

Im Dezember 2016 hat das Bundesgericht anlässlich kantonaler Stellungnahmen im Abstimmungskampf um das Nachrichtendienstgesetz des Bundes entschieden, dass eine kantonale behördliche Intervention vor eidgenössischen Abstimmungen dann zulässig ist, wenn ihr ein unmittelbares und besonderes Interesse am Ausgang der Abstimmung zugrunde liegt, welches dasjenige anderer Kantone deutlich übersteigt². Dieses Zulässigkeitskriterium wird in der Literatur rege diskutiert. CHRISTOPH AUER (AUER, Interventionsverbot) und LORENZ LANGER weisen angesichts der zunehmenden Tendenz zu entsprechenden (digitalen) Verlautbarungen darauf hin, dass die bundesgerichtliche Rechtsprechung die Rechtswirklichkeit nicht zu erfassen vermag. Da ausserdem gemäss AUER (AUER, Kommentar) öffentliche Stellungnahmen von Kantonsregierungen den Meinungsbildungsprozess nicht bedrohen, sprechen sich beide Autoren für eine Abkehr vom Kriterium der besonderen Betroffenheit aus und befürworten stattdessen die Zulässigkeit von kantonalen behördlichen Interventionen bereits bei Einhaltung der Prinzipien der Transparenz, der Verhältnismässig- und Sachlichkeit. BENEDIKT PIRKER zeigt sich hingegen vom Zulässigkeitskriterium der besonderen Betroffenheit grundsätzlich überzeugt und spricht sich dafür aus, die nicht

* Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (klara.grossenbacher@unifr.ch).

¹ Erfasst wurden Publikationen im Rahmen von Monographien, Sammelbänden, Fachzeitschriften und ausgewählten Printmedien.

² BGE 143 I 78.

allzu strenge Handhabung des Kriteriums durch das Bundesgericht mit strengeren materiellen Anforderungen an die Intervention aufzuwiegen.

2. Territoriale Organisation des Schweizerischen Bundesstaats

a) Bestand der Kantone

JÜRIG M. TIEFENTHAL (TIEFENTHAL, Bundesstaat) beschäftigt sich mit den bundesverfassungsrechtlichen Grundlagen für Veränderungen im Bestand der Kantone und weist darauf hin, dass insbesondere Neugründungen von Kantonen oder Sezessionen bzw. Inkorporationen mit internationalem Bezug zahlreiche komplexe Rechtsfragen aufwerfen, die das geltende Verfassungsrecht nicht ausreichend zu beantworten vermag.

b) Herausforderung territoriale Organisation: Zukunft der Binnengliederung?

Die der heutigen Lebensweise geschuldete Abweichung der gelebten, funktionalen Räume von den (kleinräumigen) politisch-administrativen Grenzen und insbesondere die daraus erwachsende Problematik der Inkongruenz von Leistungsträgern und -bezüglern entpuppt sich als Dauerbrenner in der Föderalismusdiskussion³. Im Jahr 2017 nehmen sich etwa HELMUT STALDER und LORENZ BÖSCH der Thematik an. Während STALDER den Fokus auf die Schaffung von Kongruenz mittels einer gross angelegten Neuzeichnung der Kantonslandschaft entsprechend dem von allen Staatsstufen entwickelten «Raumkonzept Schweiz»⁴ legt, präsentiert BÖSCH stattdessen ein schrittweises Vorgehen. Mit Blick auf die Erfolglosigkeit bisheriger Versuche der Anpassung institutioneller Ebenen an funktionale Räume empfiehlt sich gemäss BÖSCH eine Annäherung an dieses Vorhaben durch vereinfachte Verfahren für den Kantonswechsel grenznaher Gemeinden oder die Schaffung einer weiteren Handlungsebene neben Bund, Kantonen und Gemeinden (sog. vierte Staatsebene).

3. Multikulturalität und Minderheitenschutz

Mit seinem Entscheid vom 3. Mai 2017 hat das Bundesgericht die im Kanton Graubünden eingereichte «Fremdspracheninitiative» für gültig erklärt⁵. Diese fordert, dass in den Primarschulen des Kantons lediglich eine Fremdsprache unterrichtet wird – je nach Sprachregion Deutsch oder Englisch. Für THOMAS BURRI lässt die verfassungsrechtlich verankerte Eigenständigkeit der Kantone

³ Vgl. etwa auch BUSSMANN WERNER, Föderalismus, Territorialreform und direkte Demokratie, NZZ vom 7. Januar 2015, S. 21.; STEINER RETO, Interkommunale Zusammenarbeit, in: Bergmann Andreas et al. (Hrsg.); Praxishandbuch Public Management, Zürich 2016, S. 897 ff.; WALDMANN BERNHARD, Föderalismus in der Schweiz: Nur noch Folklore?, in: Hrbek Rudolf/Grosse Hüttmann Martin (Hrsg.), Föderalismus das Problem oder die Lösung? Baden-Baden 2016, S. 103 ff.

⁴ Das *Raumkonzept Schweiz* ist ein (juristisch unverbindlicher) Orientierungsrahmen für die Raumentwicklung in der Schweiz. Das Konzept sieht dafür die Orientierung an zwölf überregionalen Handlungsräumen vor. Weiterführende Informationen: <https://www.are.admin.ch/are/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/strategie-und-planung/raumkonzept-schweiz.html> (besucht am 23.1.2018).

⁵ BGE 143 I 361.

und Kompetenzordnung zwar praktisch keinen anderen Entscheid zu, dennoch beurteilt er das Urteil mit Blick auf den Minderheitenschutz als «wohlgemeinten, doch letztlich übertriebenen Föderalismus».

4. Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

a) Gerichtliche Überprüfung der verfassungsrechtlichen Kompetenz- und Aufgabenordnung

Im Auftrag der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) nimmt sich FELIX UHLMANN (UHLMANN, Gutachten) anlässlich seines Gutachtens zur gerichtlichen Überprüfung der föderalistischen Grundsätze unter anderem der Frage an, ob sich die Kantone vor Bundesgericht gegen kompetenzwidrig erlassenes Bundesrecht wehren können. Angesichts der Justiziabilität der bundesverfassungsrechtlichen Kompetenz- und Aufgabenteilung bejaht UHLMANN die Möglichkeit einer staatsrechtlichen Klage, wobei diese für Bundesgesetze – mit Blick auf das entsprechende Anwendungsgebot⁶ – lediglich (aber immerhin) zu einer bundesgerichtlichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit und einer entsprechenden Korrektorempfehlung an die Adresse des Bundesgesetzgebers führen kann.

b) Zentralisierungstendenz

CHRISTOPH A. SCHALTEGGER und THOMAS M. STUDER nähern sich dem Themenbereich der Zentralisierungstendenz im Schweizerischen Bundesstaat unter Bezugnahme auf das «Popitzsche Gesetz der Anziehungskraft des grössten Etats» an. Johannes Popitz vertrat mit seiner in den 1920er Jahren aufgestellten These die Ansicht einer unvermeidlichen Anziehungskraft des Gesamtstaates, die allen föderalen Staaten gemein ist. Für SCHALTEGGER/STUDER offenbart sich vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit institutioneller Absicherungen gegen die schleichende Zentralisierung. Entsprechend spricht sich CHRISTOPH A. SCHALTEGGER – gerade mit Blick auf die auch nach dem NFA wieder feststellbare Zentralisierung und Verflechtung – auch zusammen mit MARC M. WINISTÖRFER und LUCA FÄSSLER etwa für eine jeweilige Überprüfung von Bundesvorlagen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz aus. SEAN MÜLLER und PAOLO DARDANELLI (MÜLLER/DARDANELLI, Kooperation sowie MÜLLER/DARDANELLI, De/Centralisation) schlüsseln die Zentralisierungstendenz nach Staatsfunktion auf und stellen fest, dass eine Konzentration hin zum Bund hauptsächlich im Bereich der Gesetzgebung zu verzeichnen ist, während die Kantonszuständigkeit im finanziellen und administrativen Bereich bislang weniger tangiert wurde. Insgesamt geben sie ausserdem zu bedenken, dass die Zentralisierungstendenz auch vor dem Hintergrund der starken dezentralen Ausrichtung zu Beginn des modernen Bundesstaats interpretiert werden muss – einer Ausgangslage, die praktisch nur «zuungunsten der Kantone verlaufen» konnte.

⁶ Art. 190 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101).

c) *Einzelfragen der Kompetenz- und Aufgabenordnung*

Gemäss Bundesgericht bewegt sich das Wahlverfahren für Richterinnen und Richter im Kanton Solothurn, wonach bei fehlender Demission in einem ersten Wahlgang nur bisherige Amtsinhaber und -inhaberinnen zugelassen sind, im Rahmen der **kantonalen Organisationsautonomie**⁷. MARKUS SCHEFER und LUKAS SCHAUB stehen diesem Entscheid mit Blick auf die materielle Begrenzung der kantonalen Organisationsautonomie durch die bundesverfassungsrechtliche Garantie der politischen Rechte kritisch gegenüber.

ARNOLD MARTI fordert angesichts der den Rechtsschutz tangierenden, hohen kantonalen **Tarife für Zivilprozesse** ein Tätigwerden des Bundes im Rahmen der Evaluation und Anpassung der Zivilprozessordnung. Konkret spricht sich MARTI etwa für eine Ermächtigung des Bundesrats zur Festlegung von Rahmentarifen für die Prozesskosten aus und befürwortet ausserdem bundesrechtliche Kriterien für die konkrete Bemessung der Gerichtskosten.

JÜRIG M. TIEFENTHAL (TIEFENTHAL, Polizeihöhe) zeigt auf, dass sich die tatsächliche Regulierung im Bereich der **Sicherheitspolitik** längst nicht mehr entlang der verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsordnung bewegt. Entsprechend befürwortet er eine Neukonzeption der Sicherheitsverfassung und dabei eine klare Aufgabenzuweisung an Bund und Kantone.

Nach JEAN-BAPTISTE ZUFFEREY ist die Regelung von Prävention und Umgang mit **Erdbebenschäden** dem Bund lediglich punktuell und indirekt im Rahmen der Wahrnehmung anderer Kompetenzen zugänglich. Grundsätzlich sei der Themenbereich somit im Zuständigkeitsbereich der Kantone anzusiedeln. Da diese die Thematik unterschiedlich und oftmals nicht spezifisch angehen⁸, spricht sich ZUFFEREY für eine entsprechende Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes aus⁹.

Gemäss dem Wortlaut der am 4. März 2018 vom Schweizer Stimmvolk abgelehnten «No-Billag-Initiative» sollte die Förderung von **Radio und Fernsehen** lediglich dem Bund verwehrt bleiben. Entsprechend verweist BENJAMIN SCHINDLER darauf, dass bei Annahme der Initiative die Kantone gefordert gewesen wären, über die Erhebung von Gebühren und das Ausrichten von Subventionen eine sachgerechte und vielfältige Informationsversorgung zu gewährleisten. Mit einem anderen Aspekt rund um die Kompetenz des Bundes im Bereich der elektronischen Medien¹⁰ beschäftigt sich URS SAXER. SAXER geht der Frage nach, ob sich diese Kompetenz – neben der Regelung von Radio und Fernsehen – auch auf die Regulierung publizistischer Angebote im Internet erstreckt. Mit Blick auf die klare Trennung zwischen Rundfunk und Printmedien verneint

⁷ BGE 143 I 211. Siehe Zusammenfassung des Urteils im Artikel «Föderalismusrelevante Rechtsprechung des Bundes- und des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2017» in diesem Newsletter, Kapitel II.

⁸ Bezüglich des Umgangs der Kantone mit Erdbebenschäden sind die (jüngst gescheiterten) interkantonalen Bestrebungen hinsichtlich einer flächendeckenden obligatorischen Erdbebenversicherung zu erwähnen, siehe dazu <http://www.kdk.ch/de/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung/a/2460/> (besucht am 25.1.2018).

⁹ Siehe für die Häufigkeit von Erdbeben in der Schweiz etwa <https://www.srf.ch/news/schweiz/1230-erschuetterungen-pro-jahr-die-schweiz-ist-ein-erdbebenland> (besucht am 25.1.2018).

¹⁰ Art. 93 Abs. 1 BV.

SAXER eine entsprechende Regelungsbefugnis des Bundes und verweist hierfür auf die Notwendigkeit der Schaffung einer entsprechenden verfassungsrechtlichen Grundlage¹¹.

UELI KIESER und KASPAR SANER halten ausserdem fest, dass es Kantonen und Gemeinden zusteht, für die Vermögensanlage ihrer Vorsorgeeinrichtungen Vorgaben zu definieren, solange diese Regelungen ein anderes Ziel verfolgen als die abschliessende Bundesregelung der **beruflichen Vorsorge** und solange sie dem Sinn und Zweck der Bundesregelung nicht zuwiderlaufen.

5. Interkantonale Kooperation

Die horizontale Zusammenarbeit im Schweizerischen Bundesstaat wurde in der Vergangenheit vielfach hinsichtlich des Demokratiedefizits interkantonalen Vereinbarungen diskutiert¹². Im Jahr 2017 legte etwa SEAN MÜLLER zusammen mit JOHANNA SCHNABEL oder NATHALIE BEHNKE das Augenmerk auf die institutionalisierten interkantonalen Gremien – die Regierungskonferenzen – und ergründete deren Funktionen und Ziele im föderalen Gefüge der Schweiz. So halten MÜLLER/SCHNABEL etwa fest, dass die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) primär die Stimme der Kantone auf Bundesebene einbringt, währenddem fachbezogene Regierungskonferenzen im Rahmen ihrer Tätigkeiten hauptsächlich darauf bedacht sind, sachspezifisch zu kooperieren und einer Zentralisierung entgegenzuwirken.

6. Finanzieller Föderalismus

Im Rahmen ihrer Abhandlung des **öffentlichen Finanzrechts** analysieren ANDREAS LIENHARD, AUGUST MÄCHLER und AGATA ZIELNIEWICZ auch die Finanzierung von Staatsaufgaben im föderalistischen Gefüge. Zudem greifen LIENHARD et al. etwa auch die Ausgestaltung der Schuldenbremse und damit das Thema der finanziellen Nachhaltigkeit auf Bundesebene und in den Kantonen auf. Speziell mit dem rechtlichen Rahmen der Insolvenzprävention in Bund und Kantonen befassen sich KLAUS A. VALLENDER und DAVID WALDMEIER. Mit Blick auf den langfristigen Horizont dieser finanzpolitischen Steuerungsinstrumente betonen VALLENDER/WALDMEIER die Notwendigkeit der «Bestandesfestigkeit» der entsprechenden Normen und befürworten deren Verankerung auf Verfassungsstufe.

FABIO CAPELLETTI verschafft in seinem Beitrag im italienischsprachigen Sammelband «Il federalismo Svizzero» (herausgegeben von SEAN MÜLLER und ANJA GIUDICI) einen Überblick über

¹¹ Anders DUMERMUTH MARTIN, Die Zuständigkeit des Bundes im Bereich der elektronischen Medien nach Art. 93 BV, in: ZBl (117) 2016, S. 335 ff. Ihm zufolge reicht die Zuständigkeit des Bundes im Bereich der elektronischen Medien so weit, dass er auch die der öffentlichen Kommunikationen und Meinungsbildung dienenden Online-Medien regeln kann.

¹² Vgl. etwa BOMATTER RALPH, Herausforderung Konkordate: Inventar der von den Kantonsparlamenten eingesetzten Institutionen und Verfahren, in: AJP (23) 2014, S. 1684 ff.; VATTER ADRIAN, Föderalismus, in: Peter Knoepfel et al., Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse, 5.A., Zürich 2014 (inzwischen 6. unveränderte Auflage 2017), S. 135 f.; BOCHSLER DANIEL, Drei Gründe für eine grosse Territorialreform, NZZ vom 30. Oktober 2014, S. 23; exemplarisch auch SCHWARZ DANIEL/STEINER RETO/FIVAZ JAN, Mitwirkungsmöglichkeiten des Urner Landrates bei der Ausarbeitung von Konkordaten und anderen interkantonalen Vereinbarungen, KPM-Schriftenreihe Nr. 63, Bern 2016.

die Thematik des **Finanzausgleichs** in der Schweiz – von der geschichtlichen Entwicklung des Ausgleichsmechanismus seit der Gründung des modernen Bundesstaates bis zu den jüngsten Spannungen rund um dessen Ausgestaltung. CHRISTOPH A. SCHALTEGGER, CHRISTIAN FREY und LUKAS A. SCHMID sehen insbesondere in einem gut (und damit auch anreizbasiert) ausgestalteten solidarischen finanziellen Ausgleich zwischen den Kantonen ein probates Mittel zur Erhaltung der föderalistischen Staatsorganisation der Schweiz und damit zur Wahrung günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen¹³.

7. Kantonale Unterschiede und die Innovationskraft der dezentralen Leistungserbringung

Vom «Kantönligeist» bis zum «Laborföderalismus»: Kantonale Divergenzen und deren Vor- und Nachteile geben regelmässig Anlass zu Diskussionen. Im Folgenden soll auf einige Publikationen hingewiesen werden, die sich der Thematik – aus der einen oder anderen Perspektive sowie auch rein deskriptiv – annähern.

a) Interkantonale Vergleiche

Der Umfang der Rechtsbestände variiert von Kanton zu Kanton unter Umständen stark – so FELIX UHLMANN gestützt auf mehrere Studien (UHLMANN, Kantone). Das erstaunt insofern nicht, als dass die verschiedenen Untersuchungen sowohl mit der Kantonsgrösse als auch der jeweiligen Gesetzgebungstradition Faktoren identifizieren, die die Quantität der Rechtsetzungstätigkeit zu beeinflussen vermögen.

Die Unterschiede im Bereich der heilpädagogischen Leistungen in den Deutschschweizer Kantonen veranlasst ALAIN WIMMERBERG, ARNOLD BÄCHLER und CYRILL LÜDIN zur Forderung, den dezentralen Ansatz aufzugeben. Die kantonalen Divergenzen führen sie neben unterschiedlichen Vorgaben auch auf Unterschiede hinsichtlich der finanziellen Ressourcen zurück.

Die seit 2012 geltende, harmonisierte Spitalfinanzierung im Rahmen von Fallpauschalen belässt den Kantonen die Möglichkeit, Spitäler für sog. gemeinwirtschaftliche Leistungen zu entschädigen. PETER VOLLENWEIDER stellt im Rahmen seiner Kritik an diesem kantonalen Gestaltungsspielraum grosse Unterschiede zwischen den Kantonen fest, insbesondere auch zwischen den Kantonen der West- und Deutschschweiz.

LUKAS WIDMER präsentiert im Rahmeme seiner Dissertation ausserdem eine rechtsvergleichende Darstellung der kantonalen Organisations- und Zuständigkeitsstrukturen im Bereich der Naturgefahrenprävention.

¹³ Siehe zu diesem Punkt und grundsätzlich zum Thema des Verhältnisses von Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit auch FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH A. et al., Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz; Staatsstrukturen für eine erfolgreiche Schweiz im 21. Jahrhundert, Zürich 2017 (unten, in Kapitel 7, mit Blick auf den Aspekt der Innovationskraft dezentraler Leistungserbringung behandelt).

b) *Innovationskraft der Dezentralisierung*

LARS P. FELD und CHRISTOPH A. SCHALTEGGER zeichnen im Rahmen ihrer Studie¹⁴ ein positives Bild hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit föderaler Staaten im Allgemeinen und der Schweiz als stark dezentral organisiertem Staat im Besonderen. Ursächlich dafür ist nach FELD/SCHALTEGGER unter anderem die regional ausgerichtete, bedarfsgerechte öffentliche Leistungserbringung, welche sowohl die lokale Innovationstätigkeit als auch den interkantonalen Wettbewerb befeuert und sich damit insgesamt positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt¹⁵. Diesen günstigen Rahmenbedingungen gilt es somit aus Sicht der beiden Autoren etwa durch die Wahrung der Kantonsautonomie Sorge zu tragen.

8. Föderalismus und Aussenpolitik

JUDITH WYTENBACH zeigt das allfällige Spannungsfeld zwischen der aussenpolitischen Kompetenz des Bundes und der Implementierung der völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäss innerstaatlicher Zuständigkeitsordnung auf und befasst sich insbesondere mit den möglichen Spannungen im «föderalistischen Gleichgewicht» im Rahmen der Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen. Geleitet wird WYTENBACH dabei von der Frage, wie sich das Ziel der Verwirklichung des Menschenrechtsschutzes mit der Wahrung der Grundsätze des Schweizerischen Föderalismus am besten vereinbaren lässt. Als zielführend erweise sich dabei unter anderem die vorgängige Konsultation der subnationalen Ebene.

MICHAEL MONTAVON und LUC VOLLERY veranschaulichen die Thematik der Umsetzung von internationalen Übereinkünften auf Kantonsebene sodann exemplarisch anhand der gesetzgeberischen Umsetzung der Aarhus-Konvention¹⁶ durch den Kanton Freiburg. Besonderes Augenmerk legen die beiden Autoren auf die dabei seitens des Bundes eingesetzte gesetzgeberische Besonderheit, wonach bei noch ausstehender Umsetzung durch die Kantone die bundesrechtliche Regelung anwendbar ist.

¹⁴ Studie im Auftrag der *ch* Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit und des Verbands Schweizerischer Kantonalbanken.

¹⁵ Siehe zu diesem Punkt und grundsätzlich zum Thema des Verhältnisses von Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit auch SCHALTEGGER CHRISTOPH A./FREY CHRISTIAN/SCHMID LUKAS A., Föderalismus fördern, in: Schweizer Monat 1044/2017, S. 52 ff. (oben behandelt in Kapitel 6, Finanzieller Föderalismus, mit Fokus auf den die Dezentralisierung erhaltenden Finanzausgleich).

¹⁶ Internationales Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten vom 25. Juni 1998, SR 0.814.07.

III. Verzeichnis föderalismusrelevanter Publikationen 2017

ARENS ALEXANDER/ARNOLD TOBIAS/MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Föderalismus und Dezentralisierung in der Schweiz: Die politischen Effekte der Föderalismusreform NFA, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, EZFF (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2017, Baden-Baden 2017, S. 184 ff.

ARNOLD TOBIAS, Playing the Vertical Power Game: The Impact of Local Authorities in Cantonal Parliaments on the Financing of Special Schools, in: Swiss Political Science Review (23) 2017, S. 116 ff.

AUDERSET JURI, Tocqueville und die Demokratie in der Schweiz. Analysen, Rezeptionsfelder und Aktualisierungen, in: Krause Skadi Siiri (Hrsg.), Erfahrungsräume der Demokratie. Zum Staatsdenken von Alexis de Tocqueville, Stuttgart 2017, S. 39 ff.

AUER CHRISTOPH, Ist das Interventionsverbot noch zeitgemäss?, in: ZBl (118) 2017, S. 181 ff. (zit. AUER, Interventionsverbot).

AUER CHRISTOPH, Kommentar zum Urteil 1C_455/2016 vom 14. Dezember 2016, in: ZBl (118) 2017, S. 216 ff. (zit. AUER, Kommentar).

BÄTSCHMANN BETTINA, Das Behördenreferendum in den Kantonen, in: LeGes (28) 2017, S. 27 ff.

BEHNKE NATHALIE/MÜLLER SEAN, The purpose of intergovernmental councils: A framework for analysis and comparison, in: Regional & Federal Studies (27) 5/2017, S. 507 ff.

BELSER EVA MARIA (im Interview), Die Quadratur der Vielfalt, universitas 2/2017/2016, S. 40 ff.

BELSER EVA MARIA/WALDMANN BERNHARD/WIEDERKEHR RENÉ, Staatsorganisationsrecht, Zürich 2017.

BIAGGINI GIOVANNI, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Kommentar, 2. Auflage, Zürich 2017.

BOCHSLER DANIEL, Lo stemperamento die contorini politici die cantoni svizzeri, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017.

BORLAT JULIEN, La tâche assignée à la Confédération et aux cantons en matière d'adaption des forêts aux changements climatiques, in : Newsletter IFF 1/217 vom 16. März 2017.

BÖSCH LORENZ, Funktionale Räume statt Kantone?, NZZ vom 19. Juli 2017, S. 11.

BRAUN DIETMAR/RUIZ CHRISTIAN/SCHNABEL JOHANNA, Consolidation Policies in Federal States. Conflicts and Solutions, Abingdon 2017.

BRÜLHART MARIUS/SCHMIDHEINY KURT, Steuerzahler suchen bei Vermögenssteuern nach Ausweichstrategien, in: Die Volkswirtschaft (90) 5/2017, S. 34 ff.

BURRI THOMAS, Verfassungs- und staatsrechtliche Bedenken anlässlich des BGE zur Bündner Spracheninitiative, in: sui-generis 2017, S. 148 ff.

- CAPPELLETTI FABIO, La perequazione finanziaria: tra concorrenza e solidarietà, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017.
- ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Hrsg.), *50 Jahre ch Stiftung* (verfasst von Claudia Aufdermauer), Bern 2017.
- DARDANELLI PAOLO, Il federalismo svizzero in prospettiva comparata: miti e realtà, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017.
- DIEBOLD NICOLAS, Kommentar zum Bundesgerichtsentscheid 2C_234/2016 vom 24. Mai 2017, in: ZBl (118) 2017, S. 545 ff.
- DONATSCH MARCO, Die Stellung der öffentlichen Hand bei der Spitalfinanzierung nach KVG, in: Jusletter vom 28. August 2017.
- FASSBENDER BARDO, Auswärtige Gewalt, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Staatslexikon*, Band 1, 8. Auflage, Freiburg im Breisgau, S. 501 ff.
- FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH A. et al., Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz; Staatsstrukturen für eine erfolgreiche Schweiz im 21. Jahrhundert, Zürich 2017.
- FELD LARS P./SCHALTEGGER CHRISTOPH A., Kantone als Labore, NZZ vom 1. September 2017.
- GIUDICI ANJA/MÜLLER SEAN, Come funziona il federalism elvetico?, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017.
- GIUDICI ANJA, Una centralizzazione passata dalla porta di servizio? Il federalismo scolastico svizzero : origini, evoluzione e sfide contemporanee, in : Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017.
- GLASER ANDREAS (Hrsg.), *Politische Rechte für Ausländerinnen und Ausländer?*, Zürich 2017.
- HENSELER DAVID, Observationen von Sozialhilfebezügern – das Beispiel der Stadt Zürich, in: Jusletter 11. Dezember 2017.
- JAGGI YVETTE, Les milliards de la solidarité confédérale, *Domaine Public* 2171 du 3 juillet 2017.
- JOMINI ANDRÉ, Le juge administratif et la médiation, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 3/2017.
- JUNOD GRÉGOIRE, « Les villes devraient être mieux écoutées », *Le Temps* vom 27. Oktober, S. 7.
- KIESER UELI/SANER KASPAR, Vermögensanlage von Vorsorgeeinrichtungen, in: *AJP* (26) 2017, S. 327 ff.
- KURATHLI PETER, *Die öffentliche Statistik im Recht*, Zürich/St. Gallen 2017.
- KOCH PHILIPPE/ROCHAT PHILIPPE E., The Effects of Local Government Consolidation on Turn-out: Evidence from a Quasi-Experiment in Switzerland, in: *Swiss Political Science Review* (23) 2017, S. 215 ff.
- KÜBLER DANIEL, Le agglomerazioni urbane – nuovi attori del federalismo svizzero ?, in : Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), *Il federalismo svizzero*, Locarno 2017.

- LANGER LORENZ, Kantonale Interventionen bei eidgenössischen Abstimmungskämpfen, in: ZBl (118) 2017, S. 183 ff.
- LIENHARD CHRISTOPH, Kantonswechsel von Drittstaatenangehörigen: Probleme und Handhabung in der Praxis, in: Jusletter vom 20. März 2017.
- LIENHARD ANDREAS/KETTIGER DANIEL/BÜHLER JACQUES/MÉRILLAT LORANNE/WINKLER DANIELA, The Federal Supreme Court of Switzerland: Judicial Balancing of Federalism without Judicial Review, in: Nicholas Aroney/John Kincaid (ed.), Courts in Federal Countries: Federalists or Unitarists?, Toronto 2017.
- LIENHARD ANDREAS/MÄCHLER AUGUST/ZIELNIEWICZ AGATA, Öffentliches Finanzrecht, Bern 2017.
- LINDEGGER RETO/MÜLLER ANDREAS, Für ein Gemeindereferendum auf Bundesebene, NZZ vom 12. September 2017.
- LINDER WOLF/MÜLLER SEAN, Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 4. Auflage, Bern 2017.
- LÜTHI STEFAN, Föderalismus im Spannungsfeld von lokalen und globalen Standortnetzwerken der Wissensökonomie, in: Newsletter 2/2017 vom 22. Juni 2017.
- MAISSEN THOMAS, Was Katalonien vom Kanton Jura lernen kann? Geduld, NZZ am Sonntag vom 5. November 2017, S. 18.
- MARTI ARNOLD, Von Barcelona nach Delémont – Demokratie und Verfassungsgerichte als Thema, in: ZBl (118) 2017, S. 637.
- MARTI ARNOLD, Die Kosten im heutigen Zivilprozess, in: Justice – Justiz – Giustizia 3/2017.
- MINDER LILIANE DENISE, Administrative Versorgungen im Spannungsfeld zwischen Bund und Kantonen, in: Newsletter IFF 3/2017 vom 21. September 2017.
- MONTAVON MICHAEL/VOLLERY LUC, Adaption des législations cantonales sur la transparence à la Convention d’Aarhus – L’exemple de Fribourg, in : URP 2017, S. 459 ff.
- MÜLLER SEAN/DARDANELLI PAOLO, Kooperation, nicht Wettbewerb mit dem Bund, NZZ vom 5. August 2017, S. 16.
- MÜLLER SEAN/DARDANELLI PAOLO, Dynamic De/Centralization in Switzerland, 1848–2010, in: Publius 2017 (online publiziert).
- MÜLLER SEAN/VATTER ADRIAN, Federalism and Decentralisation in Switzerland, in: Ferdinand Karlhofer/Günther Pallaver (Hrsg.), Federal power-sharing in Europe, Baden-Baden 2017, S. 39 ff.
- OPEL ANDREA/BEHNISCH URS R., Grenzen der kantonalen Souveränität – dargestellt am Beispiel der Zürcher Spitalsteuer, in: Jusletter vom 27. Februar 2017.
- PALERMO FRANCESCO/KÖSSLER KARL, Comparative federalism: constitutional arrangements and case law, Oregon 2017.

- PEDRETTI RAMONA, Die Vereinbarkeit von kantonalen Volksinitiativen mit höherrangigem Recht, in: ZBl (118) 2017, S. 299.
- PIRKER BENEDIKT, Behördeninterventionen in Abstimmungskämpfen, in: AJP (26) 2017, S. 1366 ff.
- POLEDNA TOMAS, Kantone als Krankenversicherer, NZZ vom 28. Juni 2017, S. 9.
- RHINOW RENÉ, Vom Nationalstaat zum integrativen Verfassungsstaat, in: AJP (26) 2017, S. 780 ff.
- ROSSAT-FAVRE COLETTE, La simplification législative: expériences fédérales et cantonales, in: LeGes (28) 2017, S. 211 ff.
- ROTHER NATANAEL, Effizienz und Haushaltsneutralität, in: Avenir Suisse Newsletter (27/2017) vom 7. Juli 2017.
- ROTHER NATANAEL, Gemeinsam gezahlt ist nicht billiger, in: Avenir Suisse Newsletter (21/2017) vom 24. Mai 2017.
- ROULET YELMARC, Fédéralisme en déséquilibre, Le Temps vom 27. Oktober 2017, S. 1.
- RUTZ SAMUEL/CALENDOLA LAURA, Die Kantone kommen sich näher. Avenir Suisse Freiheitsindex 2017, Zürich 2017.
- RÜHLI LUKAS, Arme Schwyzer, reiche Jurassier. Grenzen der kantonalen Steuerstrategien, in: Avenir Suisse Newsletter (05/2017) vom 3. Februar 2017.
- SAXER URS, Die Online-Zuständigkeit des Bundes, in: AJP (26) 2017, S. 334 ff.
- SÄGESSER THOMAS, Volksabstimmung über eine bundesrechtswidrige Vorlage: diskutiert am Beispiel des Kantons Zug (28) 2017, S. 39 ff.
- SHELKER MARK/SCHNEITER MARCO, The Elasticity of Voter Turnout: Investing 85 Cents per Voter to Increase Voter Turnout by 4 Percent, in: Electoral Studies 49/2017, S. 65 ff.
- SHELLER ALBERT, Thurgau: Die kantonale Verwaltung leitet Gemeinden zur Gehörsverletzung an, in: Jusletter vom 10. April 2017.
- SCHINDLER BENJAMIN, Medienförderung in der «Post-Billag-Ära», NZZ vom 22. November 2017, S. 9.
- SCHMITT NICOLAS, Instruction civique ou éducation à la citoyenneté? Une différence plus profonde qu'il n'y paraît, in: Newsletter IFF 1/2017 vom 16. März 2017.
- SCHNABEL JOHANNA/MÜLLER SEAN, Vertical influence or horizontal coordination? The purpose of intergovernmental councils in Switzerland, in: Regional & Federal Studies (27) 5/2017, S. 549 ff.
- SERDÜLT UWE/DUBUIS ERIC/GLASER ANDREAS, Elektronischer versus brieflicher Stimmkanal, in: Jusletter IT 21. September 2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./FREY CHRISTIAN/SCHMID LUKAS A., Föderalismus fördern, in: Schweizer Monat 1044/2017, S. 52 ff.

- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./LEISIBACH PATRICK, Wenn Unternehmenssteuern die Kantonsfinanzen belasten, NZZ vom 14. Februar 2017, S. 10.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDER THOMAS M., Im Sog des Zentralstaates, NZZ vom 16. August 2017, S. 25.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./SCHMID LUKAS A., Mut zur Vielfalt, in: Die Weltwoche 43/2017 vom 30. Oktober 2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./STUDERUS JANINE, Der Spareffekt bleibt aus, NZZ vom 14. März 2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./WINISTÖRFER MARC M., Keine Lust auf eine Debatte, NZZ vom 5. Mai 2017.
- SCHALTEGGER CHRISTOPH A./WINISTÖRFER MARC M./FÄSSLER LUCA, Verflechtungen bedrohen Föderalismus, in: Die Volkswirtschaft (90) 10/2017, S. 42 ff.
- SCHAUB LUKAS, Die Stimmpflicht als «Nudge»: Der Versuch einer regulatorischen (Neu-)Einordnung, in: ZBl (118) 2017, S. 583 ff.
- SCHEFER MARKUS/SCHAUB LUKAS, Grenzen kantonaler Organisationsautonomie bei Richterwahlen, in: Jusletter vom 25. September 2017.
- SCHUBIGER MAXIMILIAN, Die Ungültigerklärung kantonaler Volksinitiativen: ein juristischer oder ein politischer Entscheid?, in: LeGes (28) 2017, S. 51 ff.
- SIROKY DAVID S./MÜLLER SEAN/HECHTER MICHAEL, Cultural legacies and political preferences: the failure of separatism in the Swiss Jura, in: European Political Science Review (9) 2017, S. 303 ff.
- STALDER HELMUT, Wären zwölf Kantone besser?, NZZ vom 7. Juni 2017.
- STOJANOVIĆ NENAD, La Svizzera, una consociazione linguistica? Le minoranze linguistiche a livello federale e nei Cantoni plurilingui, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017.
- TIEFENTHAL JÜRIG M., Kantonale Polizeihöheit – Grundpfeiler des Föderalismus oder folkloristischer Mythos?, in: Sicherheit & Recht (2017), S. 153 ff. (zit. TIEFENTHAL, Polizeihöheit).
- TIEFENTHAL JÜRIG M., Kantonsgründung, Sezession und Inkorporation im Bundesstaat, in: recht (35) 2017, S. 67 ff. (zit. TIEFENTHAL, Bundesstaat).
- UHLMANN FELIX, Gerichtliche Überprüfung der föderalistischen Grundsätze in der Schweiz – Gutachten zuhanden der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), in: Newsletter KdK 2/2017 vom 30. Juni 2017 (zit. UHLMANN, Gutachten).
- UHLMANN FELIX, Wer hat und wer macht wie viel? Rechtsbestand und Rechtsetzungsaktivitäten in den Schweizer Kantonen, in: LeGes (28) 2017, S. 371 ff (zit. UHLMANN, Kantone).
- UHLMANN FELIX, Die Kontrolle des Verwaltungshandelns, in: ZBl (118) 2017, S. 471 ff.
- UHLMANN FELIX, Schweizerisches Staatshaftungsrecht, Zürich/St. Gallen 2017.

- VALLENDER KLAUS A./WALDMEIER DAVID, Mehr Kontinuität für die Schuldenbremse, in: AJP (26) 2017, S. 1486 ff.
- VATTER ADRIAN, Asymmetrien, Paradoxe und Privilegien, NZZ vom 24. August 2017, S. 10.
- VATTER ADRIAN, I Cantoni: la chiave del federalismo svizzero, in: Sean Müller/Anja Giudici (Hrsg.), Il federalismo svizzero, Locarno 2017.
- VOLLENWEIDER PETER, Die Spitalfinanzierung: Unterschiedlich lange Spiesse zwischen den Kantonen, in: Expert Focus 2017, S. 292 f.
- VON ARX IVO, Federalism in Australia and Switzerland – a Comparative Study, in: Jusletter vom 21. August 2017.
- WALDMANN BERNHARD (im Interview), « Le fédéralisme, c'est d'abord la volonté d'être ensemble », Le Temps vom 26. Oktober 2017, S. 3.
- WIDMER LUKAS, Organisation, Verfahren und Koordination im Bereich der Naturgefahrenprävention, Zürich/St.Gallen 2017.
- WIMMERBERGER ALAIN/BÄCHLER ARNOLD/LÜDIN CYRILL, Föderalismus und heilpädagogische Leistungen, NZZ vom 26. Oktober 2017.
- WYTTENBACH JUDITH, Umsetzung von Menschenrechtsübereinkommen in Bundesstaaten, Zürich/St. Gallen 2017.
- YERLI NADIA/TRINKLER GABRIEL/HORNI PASCAL, Rechnungslegungsnormen und Schuldenbremsen in den Schweizer Kantonen, in: Expert Focus 2017, S. 491 ff.
- ZUFFEREY JEAN-BAPTISTE, Protection contre les dommages sismiques en Suisse, DC (2017), S. 141 ff.